

Protokoll:	Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrift Nr.	445
		TOP:	5
Verhandlung		Drucksache:	683/2020
		GZ:	SWU
Sitzungstermin:	24.11.2020		
Sitzungsart:	öffentlich		
Vorsitz:	BM Pätzold		
Berichterstattung:	Frau Rotter (ASW), Frau Tritschler (Fa. ORplan)		
Protokollführung:	Herr Haupt / pö		
Betreff:	Sanierung Bad Cannstatt 20 -Hallschlag- "Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf - die Soziale Stadt", Rahmenplan Hallschlag		

Vorgang: Ausschuss für Stadtentwicklung u. Technik v. 17.11.2020, öffentlich, Nr. 426
Ergebnis: Einbringung

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 10.11.2020, GRDRs 683/2020, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Der Rahmenplan Hallschlag vom September 2020 wird als sonstige städtebauliche Planung im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB beschlossen. Als Leitlinie soll er über die Dauer der Sanierung hinaus die städtebauliche Entwicklung des Hallschlags im Stadtbezirk Bad Cannstatt im Sinne der Sanierungsziele verstetigen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, die Vorplanung in Höhe von ca. 50.000 € für die "Grüne Achse Auf der Steig", dem zentralen Leitgedanken des Rahmenplans, für ein entsprechendes Verfahren zu vergeben.
3. Das Amt für öffentliche Ordnung prüft, ob auf der Grundlage des Rahmenplans im Straßenzug Am Römerkastell/Bottroper Straße zwischen Straße Hallschlag und Löwentorstraße jeweils für beide Fahrtrichtungen im Rahmen einer sogenannten "geordneten städtebaulichen Entwicklung" gemäß § 45 Abs. 1b Nr. 5 Straßenver-

kehrordnung (StVO) die aktuell zulässige Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h reduziert werden kann. Das erforderliche Einvernehmen wird vorsorglich erteilt.

StR Zeeb (FW) nimmt wegen Befangenheit im Sinne von § 18 GemO an der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes nicht teil.

Seine Fraktion begrüße den vorliegenden Rahmenplan sehr, so StR Peterhoff (90/GRÜNE). Im letzten Jahr sei bereits die Straße "Auf der Steig" dargestellt worden. Bei der nun vorliegenden Bottroper Straße würde aus städtebaulichen Gründen eine Verkehrsreduktion durchgeführt. Daher sei es nachvollziehbar, dass die Abstimmung im Bezirksbeirat einstimmig ausgefallen sei. Hinsichtlich des Verkehrskonzept merkt er an, zu der Straße Hallschlag habe seine Fraktion einen interfraktionellen Antrag gemeinsam mit Linksbündnis, SPD und PULS im August gestellt. Dieser habe die Neckarvorstadt und den Rosensteintunnel nach seiner Fertigstellung betroffen. Ziel sei es, den Hallschlag zu entlasten und den Verkehrsfluss über die Pragstraße zu führen. Ebenso sei in diesem Antrag gefordert worden, an der Kreuzung Löwentorstraße den Verkehrszufluss zu reduzieren. Daher sei die Straße Hallschlag nicht mehr in der vorliegenden Dimension notwendig und sollte hierzu erneut überprüft werden.

Frau Rotter (ASW) betont, im Bezirksbeirat sei über dieses Anliegen bereits diskutiert worden. Es sei der Hinweis erfolgt, im ersten Quartal des nächsten Jahres solle eine Vorlage in Zusammenhang mit dem Rosensteintunnel erstellt und zudem über die Straße Hallschlag diskutiert werden. Im Rahmenplan sei diese Straße bereits in reduzierter Form dargestellt.

StR Goller (AfD) erkundigt sich, ob im vorliegenden Fall Quartiersgaragen statt Stellplätzen geplant seien, was er begrüßen würde. Zudem stelle sich die Frage, ob Stellplätze wegfielen und auf welchen Wert der Stellplatzschlüssel gesenkt werde. Hierzu erklärt Frau Tritschler (Fa. ORplan), die Quartiersgaragen seien entwickelt worden, um das grüne Rückgrat zu stärken. Diejenigen Stellplätze, die aufgrund des autofreien Bereichs zwischen Hattinger Platz und Bottroper Straße verloren gingen, würden in den Quartiersgaragen aufgefangen. Wenn die Entwicklung der einzelnen Wohnflächen erfolge, seien neue Stellplatzschlüssel vorgeschrieben. Über die Schlüssel habe der Gemeinderat entschieden, und diese ergäben sich aufgrund der Reduzierung des öffentlichen Nahverkehrs sowie entsprechend der vorgesehen Wohnkonzepte. So seien beispielsweise im Teilgebiet 6 später verschiedene Wohnungen für unterschiedliche Benutzergruppen vorgesehen, die nicht alle ein PKW besitzen würden.

In der Vorlage, so StRin Bulle-Schmid (CDU), sei auf der zweiten Seite formuliert, soziale Einrichtungen sollten ergänzt und ausgebaut werden. Ihre Frage, ob im Zuge dieser Weiterentwicklung ebenso an Pfliegewohngemeinschaften gedacht sei, wird bejaht.

BM Pätzold stellt daraufhin die Vorlage 683/2020 zur Abstimmung und stellt fest:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik beschließt bei einer Gegenstimme mehrheitlich wie beantragt.

Zur Beurkundung

Haupt / pö

Zur Beurkundung

Haupt / pö

Verteiler:

- I. Referat SWU
zur Weiterbehandlung
Amt für Umweltschutz
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)

- II. nachrichtlich an:
 1. Herrn Oberbürgermeister
SSB
 2. S/OB
 3. Referat WFB
Stadtkämmerei (2)
SWSG
 4. Referat SI
Sozialamt (2)
SI-BB
 5. BezA Bad Cannstatt
 6. Rechnungsprüfungsamt
 7. L/OB-K
 8. Hauptaktei

- III.
 1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
 2. CDU-Fraktion
 3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
 4. SPD-Fraktion
 5. FDP-Fraktion
 6. Fraktion FW
 7. AfD-Fraktion
 8. Fraktionsgemeinschaft PULS